

Fragen

für die Fragestunde der 123. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 6. November 2019

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	66, 67	Konrad, Carina (FDP)	26, 27
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 63
Brandner, Stephan (AfD)	18, 19	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	4, 55
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	2, 65	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 49	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 45
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 41	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 50
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 38	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 25
Gminder, Franziska (AfD)	51, 52	Luksic, Oliver (FDP)	1, 39
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	48, 58	Meiser, Pascal (DIE LINKE.)	22, 56
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	3	Nastic, Zaklin (DIE LINKE.)	68
Herbst, Torsten (FDP)	9	Notz, Konstantin von, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	28	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	17
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	24, 62	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 59
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	60, 61	Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46
Jung, Christian, Dr. (FDP)	40	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	53, 54
Kappert-Gonther, Kirsten, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	23
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 64	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	10, 29
Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36	Zickenheiner, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57
Kluckert, Daniela (FDP)	33, 34		
Köhler, Lukas, Dr. (FDP)	5		

Abgeordnete

*Nummer
der Frage*

Zimmermann, Sabine (Zwickau)
(DIE LINKE.)20, 21

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz.....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur.....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.....	14
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	17
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes.....	18

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

1. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)

Gibt es konkrete Pläne für ein „Aufbauprogramm für den Westen“, wie es der saarländische Innenminister Klaus Bouillon angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage einiger Regionen in den alten Bundesländern gefordert hat (www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/landespolitik/innenminister-bouillon-fordert-hilfe-vom-bund-fuer-saar-kommunen_aid-46837783), und plant die Bundesregierung angesichts der Herausforderungen beim Strukturwandel in diesen Regionen ein Strukturstärkungsgesetz?
2. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Für welche regierungsseitigen Gemeinschaftsprojekte und ihre Untersysteme, für die nicht die in Artikel 3 des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über Ausfuhrkontrollen im Rüstungsbereich geregelten vereinfachten Genehmigungsverfahren nach dem „De-minimis“-Grundsatz auf Zulieferungen bis zu 20 Prozent Anwendung finden, gilt neben den Gemeinschaftsprojekten für die Systeme Next Generation Weapon System (NGWS) und Main Ground Combat System (MGCS) der in Artikel 1 Absatz 1 des Abkommens festgeschriebene Grundsatz, dass keine Vertragspartei einer von der anderen Vertragspartei beabsichtigten Verbringung oder Ausfuhr an Dritte widerspricht, außer in dem Ausnahmefall, in dem ihre unmittelbaren Interessen oder ihre nationale Sicherheit dadurch beeinträchtigt würden, und inwieweit plant die Bundesregierung auch bei regierungsseitigen Gemeinschaftsprojekten mit anderen Ländern wie Großbritannien, Spanien und Italien entsprechende „De-minimis“-Regelungen?
3. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung angesichts von mindestens 840 Untersuchungen von Menschenrechtsverletzungen (www.dw.com/es/fiscal%C3%ADa-chilena-investiga-840-denuncias-por-violaciones-al-los-derechos-humanos/a-51060748) während der Proteste in Chile und einer Untersuchung des Büros der UN-Menschenrechtskommissarin Michelle Bachelet (www.ambito.com/chile-se-multiplican-las-denuncias-violaciones-ddhh-y-la-onu-enviamision-n5061656) für ihre Rüstungsexportpolitik nach Chile (www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/ruestungsexport-zwischenbericht-2018.pdf?__blob=publicationFile), und unter welchen Voraussetzungen wird sie in Anbetracht der andauernden Gewalt staatlicher

- Kräfte (Quelle wie oben) einen restriktiveren Umgang mit dem Export von Rüstungsgütern in Chile veranlassen, die zur Unterdrückung, Überwachung oder Verfolgung von Regierungsgegnern eingesetzt werden können?
4. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, dass die vom Bundeswirtschaftsministerium federführend vorgenommene Gestaltung und Betreuung des Vergaberechts angesichts der Kritik des Bundesrechnungshofes an den Bundesministerien für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, für Verkehr und digitale Infrastruktur und der Verteidigung in ihren Grundsätzen und den rechtlichen Rahmenbedingungen ausreichend ist (www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/oeffentliche-auftraege-und-vergabe.html)?
5. Abgeordneter
Dr. Lukas Köhler
(FDP)
- In welchem Ausmaß plant die Bundesregierung, bei einer ordnungsrechtlichen Stilllegung von Braunkohlekraftwerken Zertifikate im EU-Emissionshandel zu löschen, und welchen Effekt auf den CO₂-Gesamtausstoß in der EU erwartet die Bundesregierung bei einer Umsetzung der Vorschläge der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (Kohlekommission) mit bzw. ohne Löschung von Emissionszertifikaten unter Berücksichtigung einer möglichen Verlagerung der Emissionen von Deutschland in andere Mitgliedstaaten (Wasserbetteffekt) sowie der Mechanismen der Marktstabilitätsreserve?
6. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann erwarten die Bundesministerien für Wirtschaft und Energie und für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit die Ergebnisse ihrer in Auftrag gegebenen Gutachten zur CO₂-Einsparung des Klimapakets (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 58, Plenarprotokoll 19/120), und planen die Bundesministerien, diese Gutachten den jeweiligen Bundestagsausschüssen zur Verfügung zu stellen?
7. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Beschäftigte gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell jeweils an den einzelnen Standorten der Steinkohlekraftwerke, die laut Referentenentwurf für ein Steinkohlegesetz Unterstützung beim Strukturwandel bekommen sollen, und wieviel Leistung in Megawatt (Steinkohle) gibt es an diesen neun Standorten?
8. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern informierte der Urananreicherungskonzern Urenco die im Gemeinsamen Regierungsausschuss zu Urenco vertretenen Troika-Staaten Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordir-

land, Niederlande und Deutschland explizit bereits im Zeitraum 2009 bis 2011 darüber, „die Option des Exports von Reststoffen in die Russische Föderation aufrecht zu erhalten“ (vgl. diesbezüglich die nach meiner Auffassung nicht eindeutige Formulierung der Antwort der Bundesregierung vom 28. Oktober 2019 auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 19/14661; bitte vollständige Darlegung insbesondere mit Datum der erstmaligen Information der Bundesregierung seit 2009), und welche Bundesbehörden sind jenseits einer Anzeigepflicht nach deutschem Atomrecht für alle für diese Exporte erforderlichen Genehmigungen zuständig (bitte vollständige Angabe einschließlich der Genehmigungsfachaufsicht machen; vgl. hierzu vorgenannte Antwort)?

9. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)

Wie viele Gaskraftwerke sind derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland im Bau, und wie hat sich die durchschnittliche Planungs-, Genehmigungs- und Bauzeit von Gaskraftwerken in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

10. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)

Inwieweit sind die Ergebnisse der Studie „Kindeswohl und Umgangsrecht“ in die Beratungen und Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Sorge- und Umgangsrecht“ des BMJV eingeflossen?¹

11. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie positioniert sich die Bundesregierung im Rat der Europäischen Union zum Vorschlag der Kommission und zu der Stellungnahme des Europäischen Parlaments zu den Bahnfahrergastrechten in Bezug auf die Barrierefreiheit und Entschädigungsregelungen bei Verspätungen von Fernzügen, und wann rechnet die Bundesregierung mit einer Entscheidung des Rates der Europäischen Union zu den Bahnfahrergastrechten?

12. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Hat das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz dazu geraten, fristgemäß bis zum 30. Oktober 2019 Rechtsmittel gegen die Urteile des Verwaltungsgerichts Braunschweig vom 6. September 2019 zu Umweltauflagen bei Pestiziden einzulegen, wie es der Staatssekretär im

¹ Siehe hierzu auch Frage 29

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit Jochen Flachsbarth auf Twitter darstellt (vgl. <https://twitter.com/JochenFlachsbarth/status/11895541191727112192>), oder teilt es die Rechtsauffassung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft und hat davon abgeraten, wie es die Bundesministerin Julia Klöckner ebenfalls auf Twitter darstellt (<https://twitter.com/JuliaKloeckner/status/1189532495844392960>), und mit welcher Begründung?²

13. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Liegt eine Einschätzung des Bundesministeriums für Verbraucherschutz und Justiz vor, ob es nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts Braunschweig vom 4. September 2019, Aktenzeichen 9 A 11/19 und 9 A 18/19, zu vermehrten Klagen kommen könnte, wenn nationale Umweltauflagen bestehen, diese aber nicht mit Leitlinien auf EU-Ebene hinterlegt sind, und wenn ja, welche Konsequenzen sieht die Bundesregierung für den Umwelt- und Naturschutz?
14. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum favorisiert die Bundesregierung die hälftige Teilung der Maklercourtage gegenüber dem Bestellerprinzip beim Immobilienerwerb, wenn in 80 Prozent der teuersten Städte für den Kauf von Einfamilienhäusern (vgl. Bundestagsdrucksache 19/14174, Antwort zu Frage 1) die hälftige Teilung bereits existiert und es dort somit zu keinerlei finanzieller Entlastung für die Käuferinnen und Käufer beim Eigentumserwerb kommt?
15. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenz zieht die Bundesregierung aus der Warnung von Kriminologen und Deutschem Anwaltsverein, Ermittlern mehr Befugnisse zur Analyse von DNA-Spuren – auf Farbe von Augen, Haaren und Haut sowie ungefährem Alter – zu geben (so wie vorgesehen im Gesetzentwurf des Kabinetts zur Modernisierung des Strafverfahrens vom 23. Oktober 2019), solche Analysen seien wissenschaftlich noch nicht genug erforscht, zudem ein „Tabubruch“ und „unzulässiger Eingriff in das Persönlichkeitsrecht“, und wie beurteilt die Bundesregierung die hohe Verwechslungsgefahr sowie Folgen für unberechtigt Betroffene, wenn aufgrund solch ungewisser DNA-Analysen Repressivmaßnahmen veranlasst werden (www.spiegel.de/panorama/justiz/deutscher-anwaltsverein-spricht-von-tabubruch-bei-fahndung-per-dna-analyse-a-1293383.html)?

² Siehe hierzu auch Frager 49

16. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Worin besteht in der Sache bei dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Modernisierung des Strafverfahrens die besondere Eilbedürftigkeit (und damit die Ausnahme von der Regel; Schreiben des Bundeskanzleramtes vom 22. Oktober 2019 an die Bevollmächtigten der Länder beim Bund), und wie sieht die Bundesregierung diese Eilbedürftigkeit in Bezug auf Artikel 74 Absatz 2 Satz 4 erster Halbsatz des Grundgesetzes begründet?
17. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Sieht die Bundesregierung in einer etwaigen Verschärfung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) dahingehend, dass Plattformbetreiber wie beispielsweise Facebook eine Anzeigepflicht auch bei eigentlichen Antragsdelikten (beispielsweise Ehrverletzungen, §§ 185 ff. StGB) treffen soll (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 27. Oktober 2019, <https://sz.de/1.4657994>), abgerufen am 30. Oktober 2019), die Gefahr der Verwischung der Grenzen zwischen Antrags- und Officialdelikten im Strafrecht?
18. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Ist nach aktuellem Sachstand der angekündigten Maßnahmen der Bundesregierung gegen Hasskriminalität (vgl. DLF vom 30. Oktober 2019, 07:15 Uhr, Kabinettsplan: Netzbetreiber verpflichten, strafrechtliche Inhalte zu melden), die allgemein eine weitere Verrohung der politischen Debatte unterbinden sollen, geplant, Aussagen in der politischen Debatte, wie Parteien „bis aufs Blut“ oder „bis aufs Messer“ zu bekämpfen, justiziabel zu machen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

19. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der Übergriffe auf Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit und der Jobcenter seit dem Jahr 2013 entwickelt, und welche Kosten entstehen jährlich seit dem Jahr 2013, um gegen diese Übergriffe vorzugehen (bitte nach Jahresheften auflisten)?
20. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele Arbeitsplätze werden nach Kenntnis der Bundesregierung im Zuge der Umstellung auf Elektroautos in der Automobilindustrie verloren gehen, unterschieden nach insgesamt, Automobil-

herstellern und -zuliefererunternehmen (bitte auch den jeweiligen prozentualen Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitsplätze angeben)?

21. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele Arbeitsplätze werden nach Kenntnis der Bundesregierung im Zuge der Umstellung auf Elektroautos in der Automobilindustrie jeweils in den Bundesländern verloren gehen?
22. Abgeordneter
Pascal Meiser
(DIE LINKE.)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass individuelle Ansprüche aus dem Mindestlohngesetz auch für Kraftfahrer aus EU- oder Drittstaaten im reinen Transitverkehr durch Deutschland (im Rahmen der Personen- und Güterbeförderung) vor Gericht geltend gemacht werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

23. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Wann und auf welchem Wege ist die Bundesregierung über den genauen Zeitplan und die Route der Transporte der US-Streitkräfte für die Truppenrotation im Rahmen der Operation „Atlantic Resolve“ im Oktober 2019 informiert worden?
24. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Details kann die Bundesregierung zu Gesprächen mit Kanada oder anderen Regierungen und Organisationen bezüglich der Abgabe der Drohne „Euro Hawk“ und ihrer Bodenstationen mitteilen, und welcher Kaufpreis wurde hierzu verhandelt (Antwort der Bundesregierung zu Frage 10b auf Bundestagsdrucksache 19/8411)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

25. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Abwägungen – auch vor dem Hintergrund der Positionierung von UBA und BMVJ diesbezüglich – im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft haben dazu geführt, dass das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit auf eine Berufung zum Urteil des Verwaltungsgerichts Braunschweig (vom 4. Sep-

tember 2019, Aktenzeichen 9 A 11/19 und 9 A 18/19) verzichtete, und wie sieht es hiermit die Hinweise von UBA und BMJV gewahrt?

26. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Wie bewertet das Bundeslandwirtschaftsministerium die Pressemitteilung des Umweltbundesamtes (UBA), in der die Gerichtsurteile des Verwaltungsgerichts Braunschweig zu Anwendungsbeschränkungen von Pflanzenschutzmitteln kritisiert werden (www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/uba-schutz-der-biologischen-vielfalt-im), und wird es seitens der Bundesregierung als gerechtfertigt und als Aufgabe des UBA angesehen, dass eine Bundesbehörde laufende gerichtliche Vorgänge im Rahmen von Pressemitteilungen kommentiert?
27. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Welche Ergebnisse liegen der Bundesregierung vom Treffen am 25. Oktober 2019 zwischen der Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner und Vertretern der Länder vor, um Lebensmittelskandale durch eine bessere Lebensmittelüberwachung künftig zu vermeiden, und welche weitere Koordinierung zwischen Bund und Ländern ist seitens der Bundesregierung geplant?
28. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Wann plant die Bundesregierung, das Forstschäden-Ausgleichsgesetz in Kraft zu setzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

29. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Zu welchem Zeitpunkt wird die Studie „Kindeswohl und Umgangsrecht“ zu Familien in Trennung, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegeben wurde, veröffentlicht?³
30. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie soll das Kompetenznetzwerk im Themenfeld Antiziganismus im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zukünftig ausgestaltet werden (bitte unter Nennung der Trägerorganisationen/-vereine und der veranschlagten Mittel unter Nennung der Haushaltstitel antworten), und welche Modellpro-

³ Siehe hierzu auch Frage 10

jekte gegen Antiziganismus sollen nach aktuellem Stand in der 2. Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

31. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sieht die Bundesregierung ein Bedarf, Rechtssicherheit für Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter zu schaffen, und welche Position hat die Bundesregierung zur Aufhebung des Heilkundevorbehalts für Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter?
32. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Verbänden und Akteuren trifft sich die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Daniela Ludwig, um den Einfluss einer kontrollierten Abgabe von Cannabis auf die Gesundheit der Nutzerinnen und Nutzer abzuwägen und den Meinungsbildungsprozess in der Bundesregierung zu begleiten (vgl. www.aerzteblatt.de/nachrichten/106954/Union-befasst-sich-mit-Moeglichkeit-kontrollierter-Cannabisfreigabe)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

33. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)
- Was plant die Bundesregierung in Bezug auf autonomes Fahren?
34. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)
- Wie plant die Bundesregierung, das Angebot an öffentlichem WLAN-Zugang zu unterstützen?
35. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Streckenkilometer des Schienenverkehrsnetzes in Niedersachsen sollen bis zu welchem konkreten Zeitpunkt mit 100 Mbit/s (LTE/UMTS), 3G, LTE/4G und/oder 5G ausgestattet werden (bitte detailliert aufschlüsseln und konkrete Zeitpunkte der geplanten Ausstattung und die Art der Ausstattung darstellen)?

36. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hat die Bundesregierung die Wirkung der Kampagne „Helme retten Leben!“ auf die Tragequote von Fahrradhelmen für verschiedene Altersgruppen wissenschaftlich (z. B. über eine Begleitforschung der Bundesanstalt für Straßenwesen oder ein externes wissenschaftliches Institut) überprüft (bitte die exakte Art und den konkreten Umfang der wissenschaftlichen Überprüfung inklusive Methodik und Durchführungszeitraum detailliert darlegen), und welche Ergebnisse erbrachte eine eventuelle wissenschaftliche Überprüfung der Wirkung der Kampagne auf die Tragequote von Fahrradhelmen?
37. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele LKW ab 3,5 t, die in Deutschland angemeldet sind, haben nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell LKW-Abbiegeassistenten (bitte in Prozent und absoluten Zahlen angeben), und plant die Bundesregierung, die vielfach geforderte Sicherheitszone (www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-08-20_texte_94-2019_rechtssinnmobil_1-teilbericht-recht-innovation_0.pdf) einzuführen, die es Kommunen ermöglicht, LKW ohne Abbiegeassistent die Einfahrt zu verbieten?
38. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie oft haben sich die Stakeholder der Initiative „Digitale Vernetzung im öffentlichen Personenverkehr“ im Jahr 2019 bereits getroffen, und wie sehen die konkreten weiteren Schritte zur Umsetzung des ersten Meilensteins, der die Erarbeitung und Verabschiedung einer Roadmap, die Visionen, Ziele sowie 25 Einzelmaßnahmen zum Aufbau einer Mobilitätsplattform beinhalten soll, aus (vgl. hierzu die Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 19/14661; bitte unter Angabe des Zeitplans der Umsetzung)?
39. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der aktuellen Entwicklung im Bereich des Frachtaufkommens an deutschen Flughäfen im ersten Halbjahr 2019 vor dem Hintergrund der allgemeinen Wirtschaftskonjunktur, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Entwicklung des Frachtaufkommens bei den anderen Güterverkehrsträgern im selben Zeitraum aus den ihr zur Verfügung stehenden Quellen wie etwa Mautdaten und Umschlagszahlen?
40. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Sind nach Meinung der Bundesregierung die externen Beauftragten der Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung hinsichtlich des Arbeitsschutzes gegenüber den festgestellten Arbeitnehmern der

Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung benachteiligt, und falls ja, ist eine Aufwertung der Tätigkeit angedacht?

41. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung sich dafür einsetzen, dass auf Strecken, die binnen vier Stunden mit der Bahn zu erreichen sind, der Zug als Regelfall für die An- und Abreise von Mitarbeitenden der Bundesministerien und der ihr nachgeordneten Behörden zu nutzen ist, und setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass es für Flugreisen von Mitarbeitenden der Bundesministerien und der ihr nachgeordneten Behörden eine anspruchsvolle Kompensation gibt, deren Ziel CO₂-freies Kerosin ist?
42. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Unterstützt die Bundesregierung die Forderungen nach einem übergesetzlichen Lärmschutz entlang der Schienen-Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung (www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Fehmarnbelt-Gutachten-loest-neue-Diskussion-aus,fehmarbelt400.html), und falls ja, für welche Abschnitte der Hinterlandanbindung konkret rechnet sie für einen solchen übergesetzlichen Lärmschutz, wie ihn u. a. das „Dialogforum“ für die Region Ostholstein fordert?
43. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung angesichts signifikanter, vom Bundesrechnungshof erneut ermittelter Kostensteigerungen (www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Fehmarnbelt-Gutachten-loest-neue-Diskussion-aus,fehmarbelt400.html) an der Realisierung der deutschen Schienenhinterlandanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung in der bisher geplanten Form fest, oder sieht auch die Bundesregierung, dass das Projekt, für das erneut ein Nutzen-Kosten-Verhältnis von „deutlich unter 1“ ermittelt wurde, in der bisher geplanten Form nicht zu rechtfertigen ist?
44. Abgeordneter
Stephan Kühn (Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Weise setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass die Vorgaben für die Dauerbremsprüfung (Bremsprüfung Typ II A gemäß Anhang 4 der UNECE-Regelung 13) für batterieelektrische Fahrzeuge der Fahrzeugklassen N3 und M3 so angepasst bzw. ausgelegt werden, dass diese nicht länger eine vollständig geladene Fahrzeugbatterie voraussetzen, sondern realitätsnähere Anforderungen zugrunde legen, und teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass eine als Folge der jetzigen Auslegung deutlich erschwerte Serienzulassung dieser elektrischen Fahrzeuge den Zielen und Maßnahmen der Bundesregierung

entgegensteht, einen Markthochlauf der Elektromobilität auch im Straßengüterverkehr zu erreichen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit**

45. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gutachter wurden zur Bewertung der Gesamtminderungswirkung des Klimaschutzprogramms 2030 inklusive der Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Maßnahmen und dem Effekt der CO₂-Bepreisung beauftragt (vgl. Klimaschutzprogramm 2030, Seite 18; bitte unter Nennung der Zeitpunkte der Beauftragungen), und welcher Erstellungszeitraum für die Gutachten wurde bei den Beauftragungen jeweils festgelegt?
46. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, dass es Presseberichten (www.sr.de/sr/home/nachrichten/panorama/wieder_panne_in_cattenom_100.html) zufolge beim französischen Atomkraftwerk Cattenom, mit zuletzt fünf sicherheitsrelevanten Zwischenfällen innerhalb eines Monats, eine enorme Häufung gegeben hat?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

47. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für welches konkrete Vorhaben wurden nach Kenntnis der Bundesregierung die 147 Millionen Euro an ODA-Mitteln, die von Seiten der Europäischen Union an die G5-Sahelstaaten zum Aufbau einer gemeinsamen Einsatztruppe flossen (Antwort der Bundesregierung zu Frage 17 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/14665), deren Aufgabe es ist, Terrorismus, grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und Menschenhandel zu bekämpfen (www.diplomatie.gouv.fr/de/aussenpolitik-frankreichs/frankreichs-internationaler-einsatz-gegen-den-terrorismus/die-gemeinsame-truppe-g5-sahel-und-die-allianz-fuer-den-sahel/) eingesetzt, und inwiefern steht nach Auffassung der Bundesregierung die Finanzierung der Truppe in Einklang mit den ODA-Kriterien, die besagen, dass die „Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung

von Entwicklungsländern“ das Hauptziel der öffentlichen Mittel sein muss (www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Ministerium/ODA/Leitfaden_Was_ist_ODA_BJ2017.pdf)?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

48. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Was unternimmt die Bundesregierung, damit der Bundesnachrichtendienst (BND) künftig Pressevertreter und -vertreterinnen im Sinne des Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes ihrem verfassungsunmittelbaren Auskunftsanspruch über bestimmte Informationen aus vertraulichen Hintergrundgesprächen Rechnung trägt, und welche Journalisten bzw. Medien gehören zu dem „festen Kreis“, der vom BND zu Hintergrundgesprächen eingeladen wird (BVerwG 6 A 7.18 – Urteil vom 18. September 2019, siehe auch www.bverwg.de/pm/2019/65)?
49. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, dass das Bundeskanzleramt nach mir vorliegenden Informationen es befürwortet hat, fristgemäß bis zum 30. Oktober 2019 Rechtsmittel gegen die Urteile des Verwaltungsgerichts Braunschweig vom 6. September 2019 zu Umweltauflagen bei Pestiziden einzulegen, und wenn ja, warum hat es nicht von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch gemacht und das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft beziehungsweise das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit (BVL) dementsprechend angewiesen?⁴

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

50. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum wurde für die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung das KfW-Effizienzhaus als Fördervoraussetzung gegenüber dem Referentenentwurf gestrichen, und mit welchen konkreten Maßnahmen will die Bundesregierung die Qualität der energetischen Gebäudesanierung sicherstellen (www.solarify.eu/2019/10/24/441-kritische-stimmen-zum-gebaeudeenergiegesetz-geg/)?

⁴ Siehe hierzu auch Frage 12

51. Abgeordnete
Franziska Gminder
(AfD) Plant die Bundesregierung, die Bagatellsteuern, wie die Schaumweinsteuer, die Kaffeesteuer, die Alkopop-Steuer oder die Zwischenerzeugersteuer, im Rahmen der Entbürokratisierung abzuschaffen, um die Verbraucher zu entlasten, und wenn nein, warum nicht?
52. Abgeordnete
Franziska Gminder
(AfD) Wie viele Arbeitsplätze im Bankensektor wurden im Zuge des bevorstehenden Brexit von London nach Frankfurt am Main verlagert, und welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um den Finanzplatz Frankfurt gegenüber den Konkurrenten Paris oder Luxemburg zu fördern?
53. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie verteilen sich die 238 Beschwerden zum Thema Zinsen im Kreditgeschäft in den vergangenen fünf Jahren (vergleiche die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Falsch berechnete Spar- und Dispozinsen bei Banken und Sparkassen“, Bundestagsdrucksache 19/14485 auf Privat- und Geschäftsbanken, Volks- und Raiffeisenbanken und Sparkassen, und wie viele Beschwerden entfielen jeweils auf die fünf am häufigsten von Beschwerdefällen betroffenen Banken (bitte aufschlüsseln)?
54. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wann soll nach dem Wunsch der Bundesregierung die Regelung zur Grundsteuer auf Windkraftanlagen (vergleiche Gesetzentwurf der Bundesregierung zur „Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 im Steuerrecht“, Bundestagsdrucksache 19/14338) wirksam werden, und inwiefern befürwortet die Bundesregierung eine Deckelung des Grundsteueraufkommens je Windkraftanlage, um den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen in Deutschland voranzutreiben?
55. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD) Hat die Bundesregierung Kenntnis von weiteren Fällen, in denen ministerielle Kernaufgaben, wie beim Bundesumweltministerium, an externe Berater vergeben wurden (www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/umweltministerium-gibt-offenbar-hunderte-millionen-euro-fuer-berater-aus-a-1293985.html)?
56. Abgeordneter
Pascal Meiser
(DIE LINKE.) Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass die Kontrolle und die Ahndung von Verstößen nach dem Mindestlohngesetz durch die Behörden der Zollverwaltung bei der Personen- und Güterbeförderung aus EU- oder Drittstaaten im reinen Transitverkehr ausgesetzt sind, und falls ja,

warum (www.zoll.de/DE/Fachthemen/Arbeit/Mindestarbeitsbedingungen/Sonstige-Pflichten/aussetzung-kontrolle.html)?

57. Abgeordneter
**Gerhard
Zickenheiner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Hat die Bundesregierung eine Bewertung des Risikos für die Stabilität des Euro vorgenommen im Hinblick darauf, dass Katalonien im Februar dieses Jahres aus dem spanischen, regionalen Liquiditätsfonds (Fondo de Liquidez Autonómico, FLA) ausgestiegen ist, obwohl es bisher der Hauptnutznießer war, und sich stattdessen einen Acht-Milliarden-Kredit aus dem Fonds für Finanzhilfen (Fondo de Facilidad Financiera, FFF) mit deutlich weniger zentralstaatlicher Kontrolle geliehen hat (https://cincodias.elpais.com/cincodias/2019/02/01/economia/1549047169_405185.html), und hat sie darüber hinaus das Risiko für die Eurostabilität bewertet, das bestünde, wenn Katalonien sich ab 2020 überhaupt nicht mehr über Madrid Geld leiht, sondern komplett über den freien Markt refinanziert, wie der katalanische Finanz- und Wirtschaftsminister Pere Aragonès angekündigt (www.elnacional.cat/en/business/catalonia-leave-regional-liquidity-fund_339309_102.html), und zu welchem Ergebnis ist sie gekommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

58. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)

Welche Eckpunkte, Kriterien und Maßgaben hat nach Kenntnis der Bundesregierung das von der Deutschen Sporthilfe entwickelte Modell für eine Altersvorsorge von Spitzensportlerinnen und Spitzensportlern, und inwieweit ist dieses Konzept nach Auffassung der Bundesregierung etatreif und rechtssicher, um es – sofern der Deutsche Bundestag die dafür erforderlichen Mittel für den Bundeshaushalt 2020 beschließt – bereits ab dem Jahr 2020 umzusetzen (siehe „Rennen bis zur Rente“ von Oliver Kern in neues deutschland vom 30. Oktober 2019)?

59. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Schwerpunkte sollen nach aktuellem Stand der Planungen auf der Deutschen Islamkonferenz 2019 gesetzt werden, und in welchen Bereichen sollen konkrete Vereinbarungen mit den teilnehmenden Akteuren getroffen werden?

60. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Was unternimmt die Bundesregierung und insbesondere des SPD-geführte Auswärtige Amt ganz konkret, um die Zahl der monatlich bearbeiteten und erteilten Visa zur Familienzusammenführung zu Flüchtlingen, insbesondere subsidiär Schutzberechtigten deutlich zu erhöhen, nachdem im August und September 2019 jeweils weniger als 800 Visa monatlich an Angehörige subsidiär Schutzberechtigter erteilt wurden (vgl. Antwort zu Frage 2 auf Bundestagsdrucksache 19/14640, bis zu 1000 Erteilungen wären nach § 36a des Aufenthaltsgesetzes möglich) und angesichts des Umstands, dass die Kapazitäten des Auswärtigen Amts in den Jahren 2016 und 2017 ausreichend waren, um mehr als 50000 Visa jährlich für den Nachzug zu Flüchtlingen zu erteilen (Bundestagsdrucksache 19/2060, Anlage zu Frage 9b), während es im Jahreszeitraum Mitte 2018 bis Mitte 2019 nur noch weniger als die Hälfte, etwa 22500, waren (vgl. Antwort zu Frage 1 auf Bundestagsdrucksache 19/14640; bitte ausführen), und welche aktuellen Angaben lassen sich zum Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten machen (bitte so darstellen wie in Plenarprotokoll 19/82, Antwort der Staatsministerin im Auswärtigen Amt Michelle Müntefering auf meine Mündliche Frage 10 und insbesondere Angaben zum letzten Stand der anhängigen Terminregistrierungen machen)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

61. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung zu dem durch die maltesische Rettungsleitstelle (RCC) koordinierten Abfangen eines Bootes mit ungefähr 50 Geflüchteten in der maltesischen Such- und Rettungszone durch die sogenannte libysche Küstenwache am 18. Oktober 2019 (www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-im-mittelmeer-schwere-vorwuerfe-gegen-malta-a-1292966.html), insbesondere was die beteiligten Akteure, den Verbleib der Geflüchteten sowie ähnliche Fälle in der Vergangenheit angeht (www.apnews.com/24b51f7a5aa54441bed9a04fa9d6b9b), und welche politischen Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dieser gegen das Non-Refoulement-Gebot verstoßenden Zurückschiebung der Geflüchteten nach Libyen (<https://alarmphone.org/en/2019/10/23/back-to-the-libyan-warzone/>), insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung auf EU-Ebene

an der Ausbildung und Finanzierung der sogenannten libyschen Küstenwache beteiligt ist, die Menschen systematisch laut deutschen Diplomaten in „KZ-ähnliche Verhältnisse“ in sogenannten „Privatgefängnissen“ zurückbringt (<https://fragdenstaat.de/blog/2018/libyen-fluechtlingslager/>)?

62. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Wie definiert die Bundesregierung den von ihr häufig anstelle von „Völkerrecht“ verwendeten Begriff der „regelbasierten Ordnung“ (zum Beispiel: „Die UN sind das wichtigste Weltgremium“, www.bundesregierung.de, 20. August 2019), und in welchem Verhältnis sieht sie diese „regelbasierte Ordnung“ zum „Völkerrecht“ (insbesondere der Charta der UNO) und zum Völkergewohnheitsrecht?

63. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit der aus Bundesmitteln finanzierten Unterstützung für Maßnahmen zu einer besseren Sicherung des russischen Atomkomplexes Majak im Zuge der G8-Abrüstungsinitiative G8GP Erkenntnisse darüber erlangt, welchen nukleartechnischen Zwecken/Arbeitsprozessen die betreffenden Gebäude dieses Komplexes in etwa dienen (vgl. www.grs.de/aktuelles/abruestungsinitiative-g8gp-beendet), und über welche derartigen Erkenntnisse zum Atomkomplex Majak verfügt die Bundesregierung – sei es im Rahmen einer Unterstützung für Sicherungsmaßnahmen wie der vorgenannten oder unabhängig davon – (ggf. bitte spezifische Angabe für die nukleartechnisch genutzten Gebäude machen)?

64. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wurde die in der Methodik zum Monitoring, mit dem im Rahmen des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte überprüft werden soll, inwieweit deutsche Unternehmen ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nachkommen, vorgesehene Mindestanzahl an Unternehmensantworten bis zum Ende der zweimal verlängerten Frist am 31. Oktober 2019 erreicht, und wie viele Unternehmen haben den Fragebogen beantwortet?

65. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

In welcher Höhe hat die Bundesregierung die Koalition der Syrischen Oppositions- und Revolutionskräfte (ETILAF) – ein von Muslimbrüdern dominiertes Bündnis mit Sitz in Istanbul, dem Milizen wie die dschihadistische „Armee des Islam“ (Jaish al-Islam) oder die rechtsextreme türkische Miliz Sultan-Murad-Brigade sowie Milizen angehören, die mit al-Qaida und al-Nusra zusammenarbeiten (www.heise.de/tp/features/Bundesregierung-finanziert-tuerkeitreue-Islamisten-in-Nordsyrien-4303256.html) – seit ihrem Bestehen bis dato

aus dem Bundeshaushalt gefördert (bitte entsprechend den Jahren, dem Zweck der Förderung und der Höhe der ausgezahlten Summe auflisten), und hat die Bundesregierung die Mittelauszahlung im Rahmen der laufenden Förderung umgehend gestoppt (beendet, ausgesetzt o. Ä.), vor dem Hintergrund, dass die am 4. Oktober 2018 entstandene sogenannte Syrische Nationalarmee nominell der syrischen Übergangsregierung, die wiederum von der ETILAF ernannt wird, am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Türkei gegen Syrien beteiligt ist (Plenarprotokoll 19/120, Frage 19)?

66. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)

Inwieweit sieht die Bundesregierung die militärische Intervention der Türkei in Nordsyrien als Verstoß gegen das Völkerrecht an, insbesondere vor dem Hintergrund, dass an der Seite des Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan kämpfende Milizen extralegale Hinrichtungen an Kurdinnen und Kurden begehen sowie deren Leichen schänden (vgl. www.youtube.com/watch?v=MFUWmlo0HJs), und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Forderung der ehemaligen Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofes Carla del Ponte (vgl. www.reuters.com/article/us-syria-security-turkey-delponte/erdogan-should-be-prosecuted-over-syrien-offensive-ex-u-n-investigator-del-ponte-idUSKBN1X508S), Präsident Erdoğan für die in seiner Verantwortung begangenen Kriegsverbrechen anzuklagen?

67. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)

Welche Kenntnis hat die Bundesregierung darüber, wie viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der HDP in der Türkei seit 2015 abgesetzt wurden und wie viele von ihnen jetzt in Deutschland leben (<https://anfdeutsch.com/kurdistan/zwangsverwalter-ueber-cizir-ernannt-15010>; taz.de/Surucs-Ex-Buergermeister-in-Deutschland/!5376407/)?

68. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, wie viele Verletzte es auf Seiten der Demonstrierenden durch Anwendung von Gewalt der Guardia Civil seit Verkündung des Urteils des Obersten Gerichtshofs Spaniens gegen katalanische Politiker (Freiheitsstrafe bis zu 13 Jahre für neun Angeklagte) gegeben hat, und beabsichtigt die Bundesregierung, diese Erkenntnisse gegenüber der spanischen Regierung zu thematisieren?